

Niederschrift

über die 10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, 08.03.2006, 17:10 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Funk, Frau Carmen Greefrath, Frau Christiane Krüger, Herr Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Frau Maria Anna Hakenes, Herr Adrian Hergt, Frau Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Jutta Möllers, Herr Karl-Heinz Neubert

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Stephan Degen, Frau Irmgard Köster-Goorkotte in Vertretung von Frau Lebkücher,
Herr Ulrich Messing, Herr Johannes Röttgen in Vertretung von Herrn Prof. Dr. Heidrich,
Herr Alexander Schmidt, Herr Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Frau Gerda Benien, Herr Klaus Fröse bis 20:25 Uhr (TOP 6), Frau Beate Heeg, Frau Lisa Hester, Herr Ismet Keles bis 18:45 Uhr (TOP 6), Frau Dr. Agnes Klein, Frau Ute Kuchenbecker bis 20:05 Uhr (TOP 6), Herr Spyridon-Paul Marinos ab 18:15 Uhr (TOP 6) bis 20:30 Uhr (TOP 6), Frau Gabriele Markerth, Frau Dr. Karin Obst, Frau Anna Pohl, Herr Benno Sandfort in Vertretung von Herrn Dr. Gahlen; bis 20:15 Uhr (TOP 6), Herr Dieter Schönfelder, Herr Lutz Selig, Herr Jörg Siegel bis 21:05 Uhr (TOP 7), Frau Rita Tücking bis 19:40 Uhr (TOP 6)

von der Verwaltung

Frau Christine Czepok, Herr Tilman Fuchs, Herr Hans-Joachim Fürstenberg, Herr Dr. Hans-Werner Gummersbach, Herr Chris Hagel, Frau Birgit Herdes, Herr Clemens Homann, Frau Sibylle Kratz-Trutti, Herr Karl Materla, Herr Winfried Mörchen, Herr Bernhard Paschert, Herr Frank Philipp, Frau Dr. Anna Ringbeck, Herr Wolfgang Schoor, Herr Günter Schrade, Frau Silke Thesing, Herr Heiner Vogt

für die Schriftführung

Herr Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Herr Frank Beckmann, Herr Dr. Thomas Gahlen, Herr Prof. Dr. Martin Heidrich, Frau Jutta Lebkücher, Herr Norbert Weitz, Herr Dietmar Wiese

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 3. | Berichte und Mitteilungen |
| | 4. | Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| | 5. | Bericht zur Bürgerumfrage 2005/2006 - Ergebnisse der Umfrage "Kinder- und familienfreundliche Altstadt" (mündlicher Bericht/Präsentation) |
| | 6. | Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2006 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2005 - 2009 |
| <u>V/0085/2006</u> V | 7. | Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord Kooperation des Amtes für Kinder, Jugendlichen und Familien, der Handwerkskammer Münster und dem Jugendausbildungszentrum JAZ gGmbH |
| <u>V/0646/2005</u> V | 8. | Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale Handlungsschwerpunkte Teil II |
| <u>V/0139/2006</u> V | 9. | Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Inobhutnahme-Systems für Kinder und Jugendliche in Münster |
| <u>V/0156/2006</u> V | 10. | Neustrukturierung der kinderpädagogischen Angebote im Stadtteil Kinderhaus - Städt. Kinderhort "Kunterbunt" und Bauspielplatz Kinderhaus (Bau) |
| <u>V/0114/2006</u> IV | 11. | Umwandlung weiterer Schulen in Offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2006/2007 |
| <u>V/0084/2006</u> IV | 12. | Änderung der Entgeltordnung "Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Förderschulbereich)" - Konsequenzen für das Konsolidierungsprogramm |
| <u>V/0070/2006</u> IV | 13. | Modellprojekt zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft |
| <u>V/1022/2005</u> V | 14. | Maßnahmen der Stiftung Siverdes und Stiftung Generalarmenfonds für Flüchtlingskinder und junge erwachsene Flüchtlinge |

- | | | |
|-------------------------|-----|---|
| <u>V/0008/2006</u> V | 15. | Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster Ein Modellprojekt in der aufsuchenden Gesundheitshilfe für Flüchtlinge und sozial sowie gesundheitlich Benachteiligte - Anregung des Ausländerbeirates an den Rat Nr. AAB/0003/2005 |
| <u>V/0025/2006</u> V | 16. | Haushaltskonsolidierungsprogramm 2006 Hier: Reduzierung des Zuschusses an die Aids-Hilfe Münster e.V. und an die Suchtberatungsstellen des Caritasverbandes für die Stadt Münster e.V. und des Diakonischen Werkes Münster e.V. um die jährlichen Steigerungsraten der Zuschussgewährung |
| <u>V/0125/2006</u> V | 17. | Umstrukturierung der Kath. Kindertageseinrichtung St. Clemens, Zur Alten Feuerwache 5, 48165 Münster, zu einer integrativen Schwerpunkteinrichtung für behinderte und nicht behinderte Kinder |
| | 18. | Entwurf einer Resolution an die Landesregierung, von den geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe Abstand zu nehmen |
| | 19. | Verschiedenes |

Der Vorsitzende, Herr Rickfelder, eröffnete um 17:10 Uhr die 10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Er begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- blickte der Vorsitzende auf das Expertenhearing zu einem Jugendparlament für Münster zurück, das er als gelungen und lebendig beschrieb.
- verwies Herr Rickfelder auf den Entwurf einer Resolution an die Landesregierung, von den geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe Abstand zu nehmen, der den Mitgliedern als Tischvorlage vorlag. Er schlug vor, das Thema unter einem neuen Tagesordnungspunkt 18 zu beraten. Dem wurde einvernehmlich gefolgt.
- schlug der Vorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt 6 „Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2006“ in der Form mit den Tagesordnungspunkten 13 „Weiterentwicklung des Inobhutnahme-Systems“, 14 „Jugendarbeitslosigkeit in Münster“, 15 „Stadtteilwerkstatt West“ und 17 „Neustrukturierung der kinderpädagogischen Angebote im Stadtteil Kinderhaus“ zu verbinden, dass die Beschlussvorlagen zu den Beratungen der betreffenden Haushaltsstellen aufgerufen und dort abschließend beraten und beschlossen werden.

Frau Hakenes lehnte den Vorschlag ab und schlug vor, die Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2006 an das Ende der Tagesordnung zu setzen. Gleichzeitig bat sie darum, den Tagesordnungspunkt 17 „Neustrukturierung der kinderpädagogischen Angebote im Stadtteil Kinderhaus“ nicht zu behandeln, da aus ihrer Sicht noch Beratungsbedarf bestand.

Herr Rickfelder ließ über die Vorschläge abstimmen. Der Ausschuss beschloss mit 8 Fürstimmen bei 7 Gegenstimmen, wie vom Vorsitzenden vorgeschlagen zu verfahren.

- informierte Herr Rickfelder darüber, dass als Tischvorlagen von der Verwaltung verteilt wurden:
 - > ein Schreiben des Arbeitskreises Südviertel vom 24.02.2006 zur Situation der Jugendlichen im Südviertel (Anlage 1),
 - > die Dokumentation über das Expertenhearing zum Thema „Jugendparlament für Münster“ am 01.02.2006,
 - > den Entwurf einer Resolution an die Landesregierung, von den geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe Abstand zu nehmen (Anlage 2) und
 - > Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP zu den Vorlagen:
 - o V/0114/2006 „Umwandlung von Schulen in Offene Ganztagschulen“ (Anlage 3),
 - o V/0070/2006 „Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft“ (Anlage 4),
 - o V/0646/2005 „Jugendarbeitslosigkeit in Münster“ (Anlage 5) und
 - o V/0085/2006 „Stadtteilwerkstatt West“ (Anlage 6).

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Zu allen Punkten der Tagesordnung wurde die Anwesenheit von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Verwaltung gewünscht.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingegangene Anträge und Eingaben

Herr Rickfelder gab folgende Anträge bzw. Eingaben mit den angegebenen Hinweisen bekannt:

- Antrag Nr. A-R/0006/2006 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 07.02.2006 „Grundschulen mit sozialen Problemlagen unterstützen - Bildungschancen für Kinder verbessern“.

Der Antrag sei im Rat der Stadt Münster eingebracht worden. Er sei in der Zuständigkeit dem Ausschuss bzw. Amt für Schule und Weiterbildung zuzuordnen. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien werde auf Grund des Sachzusammenhangs ggf. an der weiteren Beratung beteiligt, wenn die Verwaltung entsprechende parlamentarische Beratungsvorlagen erstellt.

- Nur zur Information einen Antrag nach § 24 GO des Arbeitskreises der Schulpflegschaftsvorsitzenden an den Grundschulen der Stadt Münster, die finanzielle Ausstattung der Offenen Ganztagschulen im Personalbereich zu verbessern. Für den sei das Amt bzw. der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien nicht zuständig.
- Ein Schreiben des Arbeitskreises Südviertel vom 24.02.2006 (Anlage 1), das als Tischvorlage verteilt worden war. Darin werde die Situation der Jugendlichen im Südviertel beschrieben und Besorgnis über die Entwicklung in den letzten Monaten ausgedrückt. Dazu solle ein Gespräch zwischen Vertretungen von Politik, Verwaltung und Arbeitskreis Südviertel stattfinden, zu dem die Verwaltung einladen werde.

- Schließlich den Entwurf einer Resolution an die Landesregierung (Anlage 2), der ebenfalls als Tischvorlage vorlag und mit dem gefordert werden sollte, von den geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe Abstand zu nehmen. Der Text sei vom Paritätischen Wohlfahrtsverband vorgelegt worden. Dieser Entwurf solle - wie eingangs vereinbart - unter einem neuen Tagesordnungspunkt 18 behandelt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte und Mitteilungen

Herr Rickfelder berichtete:

- 3.1 Zum Stand der Vorbereitungen für eine gemeinsame Klausur von Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien und Ausschuss für Schule und Weiterbildung:

Es habe Gespräche zwischen den Vorsitzenden der Gremien sowie den Dezernentinnen und den Amtsleitungen gegeben. Danach solle eine solche gemeinsame Klausur der Ausschüsse konkretisiert und durchgeführt werden. Damit sei im Laufe des Jahres zu rechnen.

Frau Dr. Klein berichtete:

- 3.2 Zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP an den Rat vom 21.11.2005 „Familienzentren für Münster“:

Dazu habe die Verwaltung eine Verfahrensvorlage für den Hauptausschuss erstellt. Diese Vorlage (V/1046/2005) habe der Hauptausschuss am 15.02.2006 einstimmig beschlossen.

Damit wurde der Antrag formell zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien verwiesen. Die Verwaltung werde den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen über die Entwicklungen von Familienzentren in Münster informieren und die weiteren Perspektiven aufzeigen.

Frau Pohl berichtete:

- 3.3 Zum Stand der Vorbereitungen für ein Jugendparlament für Münster:

Am 1. Februar habe das Expertenhearing zum Thema „Jugendparlament für Münster“ stattgefunden. Mit ca. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sei die Veranstaltung auf ein reges Interesse bei den Jugendlichen, den politischen Gremien und den Trägern der freien und öffentlichen Jugendhilfe gestoßen.

Zur Sitzung wurde zeitnah die Dokumentation vorgelegt. Frau Pohl dankte allen Beteiligten für ihre aktive Mitwirkung an dem Expertenhearing.

Inhaltlich habe das Hearing ergeben, dass sich die Jugendlichen, die Politik und die Arbeitsgemeinschaften für ein Jugendparlament in Münster aussprechen würden. Eine Verbindung aus dezentralen Parlamenten mit einer zentralen Ergänzung solle sukzessive aufgebaut werden. Die Aussagen und Inhalte des Expertenhearings würden bei der Erstellung des Gesamtkonzeptes eingebunden.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien wolle unter Beteiligung der politischen Fraktionen, der Jugendlichen und der Arbeitsgemeinschaften ein Verfahren mit dem Ziel organisieren, gemeinsam ein Gesamtkonzept für Münster zu erstellen. Es werde angestrebt, das Gesamtkonzept vor der Sommerpause den politischen Gremien zur Beratung vorzulegen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende verwies auf zwei in der letzten Sitzung vorgelegte Anfragen,

- eine Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.01.2006 zur „Neuregelung der Elternbeiträge für Tagesstätten“ und
- eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 31.01.2006 zum Stand „Umsetzung Hartz IV“ bezogen auf die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen.

Frau Dr. Klein beantwortete die Anfrage der SPD-Fraktion zur „Neuregelung der Elternbeiträge für Tagesstätten“. Wegen des Umfangs wurde auf die mündliche Beantwortung der Anfrage zum Stand „Umsetzung Hartz IV“ in der Sitzung verzichtet.

Es wurde vereinbart, den Text beider Antworten an die Ausschussmitglieder zu versenden.

Punkt 5 der Tagesordnung

Bericht zur Bürgerumfrage 2005/2006 - Ergebnisse der Umfrage "Kinder- und familienfreundliche Altstadt" (mündlicher Bericht/Präsentation)

Herr Rickfelder begrüßte zu dem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Hauff vom Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Verkehrsplanung.

Herr Dr. Hauff stellte Informationen aus der Bürgerumfrage 2005/2006 vor, soweit sie sich auf den Bereich der Kinder- und Familienfreundlichkeit bezogen. Das Thema „kinder- und familienfreundliche Altstadt“ war dabei ein wesentlicher Baustein.

In einer schriftlichen Umfrage - so Herr Dr. Hauff - seien ca. 5.000 Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an der Befragung aufgerufen worden, die mit einem Rücklauf von ca. 40 % für repräsentative Ergebnisse gesorgt hätten. Allgemein könne gesagt werden, dass dem Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit eine hohe Wichtigkeit beigemessen wurde. Dies gelte auch für Haushalte ohne Kinder. Bei den Lebensbedingungen in der Stadt Münster insgesamt sei eine hohe Zufriedenheit festzustellen, während hierfür in der Innenstadt aber Abstriche gemacht werden müssten.

Im Rahmen der Befragung seien zur Beurteilung der Kinder- und Familienfreundlichkeit die Merkmale Spielmöglichkeiten, Kindergärten, Kinder- und Jugendeinrichtungen und Bildungsangebote für Familien zu bewerten gewesen. Gerade diese Punkte seien für die Befragten überwiegend sehr wichtig gewesen. Entsprechendes gelte auch für die Bewertung der Attraktivität der Plätze in der Altstadt, bei der die Spielmöglichkeiten für Kinder ebenfalls einen hohen Stellenwert einnahmen.

Schließlich stellte Herr Dr. Hauff dar, wie die Kinder- und Familienfreundlichkeit der Altstadt Münsters von den Befragten eingeschätzt wurde. Auch hier gelte, dass die Beurteilungsmerkmale eine hohe Wichtigkeit für die Befragten hatten. Die Zufriedenheit mit den Angeboten be-

wegte sich jedoch eher im Mittelfeld, so dass sich Perspektiven und Ansätze für Verbesserungsmöglichkeiten abzeichneten.

Abschließend bedankte sich der Vorsitzende im Namen des Ausschusses bei Herrn Dr. Hauff für den Vortrag.

Punkt 6 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2006 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2005 - 2009

Der Vorsitzende eröffnete die Beratungen zum Tagesordnungspunkt. Er begrüßte Herrn Fürstenberg vom Amt für Finanzen und Beteiligungen, der die erkrankte Frau Dekan vertrat. An dieser Stelle wies Herr Rickfelder darauf hin, dass Frau Dekan im laufenden Monat in den Ruhestand treten würde. Sie habe viele Jahre mit dem Amt und dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien vertrauensvoll und produktiv zusammengearbeitet. Dafür bedankte er sich im Namen von Verwaltung und Ausschuss.

Anschließend gab der Vorsitzende unter Hinweis auf die im Vorfeld der Sitzung übersandten Unterlagen die notwendigen Informationen für das anstehende Beratungsverfahren. Danach würden

- Haushaltsansätze einschließlich der vorgelegten Veränderungsblätter der Verwaltung als angenommen gelten, wenn keine Abänderungsanträge gestellt werden,
- Beschlüsse zum Stellenplan und zu anderen Fachbereichen als Empfehlung an den zuständigen Fachausschuss bzw. die Fachkommission weitergeleitet werden und
- Trägeranträge, die nicht aufgegriffen werden, als abgelehnt gelten.

Zum Thema Befangenheit verwies Herr Rickfelder auf die schriftlichen Hinweise, die im Vorfeld der Sitzung verschickt wurden. Ausschussmitglieder, die gem. § 31 GO NW befangen seien, dürften nicht an der Beratung und Beschlussfassung mitwirken und müssten dies vor Beratung des betreffenden Punktes von sich aus anzeigen.

Frau Dr. Klein gab im Folgenden einige grundsätzliche Informationen aus der Sicht der Verwaltung über die Eckpunkte des Entwurfs für den Haushaltsplan 2006. Sie stellte die Zuschussbedarfe in den einzelnen Budgets einschließlich der Veränderungen gegenüber den Vorjahren dar. Dabei erläuterte sie die bereits im aktuellen Haushaltsplanentwurf erkennbaren Vorbereitungen zur Umstellung der Haushaltswirtschaft auf das Neue Kommunale Finanzmanagement.

Ebenso ging Frau Dr. Klein noch einmal auf die in der letzten Sitzung vorgestellten Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungsprogramms 2006 - 2009 für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ein. Ferner verwies sie auf die vorliegenden Etatanträge freier Träger der Jugendhilfe, die mit entsprechenden Kommentierungen der Verwaltung im Vorfeld der Sitzung an die Mitglieder versandt worden waren. Schließlich erläuterte sie die organisatorischen Änderungen der Haushaltsstellensystematik, die sich durch die Zuordnung der AIM jugend+ zum Amt für Kinder, Jugendliche und Familien sowie der Streetwork zur Fachstelle Drogenhilfe ergeben hatten.

Daran anschließend gaben die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Ausschuss Statements zum Entwurf des Haushaltsplans 2006 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2005 - 2009 ab.

Der Ausschuss begann seine Etatberatungen zu den einzelnen Haushaltsansätzen.

Verwaltungshaushalt

- | | | | |
|----|-----------------------------|--|----------------------|
| 1. | Unterabschnitt (UA) 0000 | Gemeindeorgane | Seite 367 |
| 2. | UA 0020 | Partnerschaften und Patenschaften | Seiten 378 |
| 3. | UA 4070 | Verwaltung der Jugendhilfe | Seiten 367, 376, 379 |
| 4. | UA 4100 | Hilfe zum Lebensunterhalt - örtl. Träger | Seite 367 |

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

- | | | | |
|----|---------|--------------------------|----------------------|
| 5. | UA 4511 | Kinder- und Jugendarbeit | Seiten 368, 379, 380 |
|----|---------|--------------------------|----------------------|

- 5.1 Neue HHSt.
4511.577.0000.0 Jugendparlament

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, für ein Jugendparlament im Jahr 2006 einen Betrag in Höhe von 5.000 € und im Jahr 2007 in Höhe von 30.000 € bereitzustellen.

Frau Dr. Obst beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion gemeinsam, ab 2006 jährlich einen Ansatz von 5.000 € als eigenes Budget für ein Jugendparlament in den Haushalt einzustellen.

Nach kurzer Diskussion lehnte der Ausschuss den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bei 3 Für-Stimmen und 4 Enthaltungen mit 8 Gegenstimmen ab.

Den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion nahm der Ausschuss mit 8 Für-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen an.

- | | | | |
|----|---------|-----------------------------------|---------------------------|
| 6. | UA 4520 | Jugendschutz / Jugendsozialarbeit | Seiten 368, 376, 380, 381 |
|----|---------|-----------------------------------|---------------------------|

- 6.1 HHSt.
4520.718.0300.3 Deutsch. Kinderschutzbund; Zusch. OV Mstr

Frau Benien wirkte gem. § 31 GO NW nicht an der Beratung mit.

Frau Möllers griff für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL den vorliegenden Antrag des Trägers auf und beantragte, den Ansatz um jährlich 21.730 € zu erhöhen.

Für die SPD-Fraktion schloss sich Frau Hakenes diesem Antrag an.

Der Ausschuss lehnte den Antrag bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegenstimmen ab.

- 6.2 HHSt.
4520.718.0400.6 Zartbitter Münster; Zusch.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Frau Möllers entsprechend dem vorliegenden Antrag des Trägers den Ansatz um jährlich 24.000 € zu erhöhen und mit einem Sperrvermerk - vorbehaltlich einer Entscheidung der Stiftung Siverdes in der Sache - zu versehen.

Herr Funk, Vorsitzender der Stiftungskommission, wies darauf hin, er sehe keine Anzeichen dafür, dass die Vorlage aus dem Stiftungsbereich zur Finanzierung des Trägers nicht die Gremien passieren würde.

Der Ausschuss lehnte den Antrag bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegenstimmen ab.

6.3 Neue HHSt.

4520.718.5000.2 Zusch. Koop. F.-v.-Gallitzin-Schule u. CVJM Münster

Herr Degen wirkte gem. § 31 GO NW nicht an der Beratung mit.

Für das Amt für Schule und Weiterbildung sagte Herr Dr. Gummersbach eine Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten zu.

Der Antrag wurde nicht aufgegriffen.

- | | | | |
|----|---------|----------------------|---------------------------|
| 7. | UA 4521 | Stadtteilwerkstätten | Seiten 368, 382 |
| 8. | UA 4522 | AIM jugend+ | Seiten 376, 377, 382, 383 |

Zu den UA 4521 und 4522 rief der Vorsitzende die Tagesordnungspunkte 15 „Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord“ und 14 „Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale Handlungsschwerpunkte Teil II“ zur Beratung auf. Hierzu wird auf die entsprechenden Punkte dieser Niederschrift weiter unten verwiesen.

Für die Veranschlagungen im Haushaltsplan-Entwurf 2006 ergab sich aus den Ergebnissen der Beschlussfassung folgende Veränderung:

HHSt.

4522.717.9000.8 Förderg. v. Arbeit, Beschäftig. u. Qualifizierung (AIM)

Reduzierung in 2006 um 250.000 € sowie in 2007 und den Folgejahren um jeweils 200.000 €

8.1 HHSt.

4522.717.4000.0 Ergänzung von Eingliederungsleistungen der AMS

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Ansatz für das Jahr 2006 um 200.000 € zu reduzieren.

Es lag ein Veränderungsblatt der Verwaltung zu der Haushaltsstelle vor, das im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogramms 2006 eine Streichung des Ansatzes für 2006 und die Folgejahre vorsah.

Den weiter gehenden Vorschlag durch das Veränderungsblatt der Verwaltung nahm der Ausschuss mit 8 Für-Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen an. Damit war eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL nicht mehr erforderlich.

- | | | | |
|-----|---------|--|----------------------|
| 9. | UA 4531 | Förderung der Erziehung in der Familie | Seiten 368, 369, 383 |
| 10. | UA 4542 | Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege | Seiten 369, 383 |

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

- | | | | |
|-----|---------|---------------------|----------------------|
| 11. | UA 4551 | Hilfe zur Erziehung | Seiten 369, 370, 384 |
|-----|---------|---------------------|----------------------|

Zu dem UA rief der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 13 „Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Inobhutnahme-Systems für Kinder und Jugendliche in Münster“ zur Beratung auf. Hierzu wird auf den entsprechenden Punkt dieser Niederschrift weiter unten verwiesen.

Für die Veranschlagungen im Haushaltsplan-Entwurf 2006 ergaben sich aus den Ergebnissen der Beschlussfassung keine Veränderungen gegenüber den Daten des Haushaltsplanentwurfs bzw. den von der Verwaltung vorgelegten Veränderungsblättern.

- | | | | |
|-----|---------|---|----------------------|
| 12. | UA 4560 | Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche | Seite 370 |
| 13. | UA 4561 | Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme | Seiten 370, 371, 377 |

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

- | | | | |
|-----|---------|---------------------------------|-----------|
| 14. | UA 4570 | Andere Aufgaben der Jugendhilfe | Seite 384 |
|-----|---------|---------------------------------|-----------|

- 14.1 HHSt.
4570.718.0200.3 Trialog; Zuschuss

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL entsprechend dem vorliegenden Antrag des Trägers, den Ansatz um jährlich 15.000 € zu erhöhen. Dem Antrag schloss sich Frau Hakenes für die SPD-Fraktion an.

Der Ausschuss lehnte den Antrag bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegenstimmen ab.

- | | | | |
|-----|---------|-------------------|-----------|
| 15. | UA 4580 | Sonstige Aufgaben | Seite 384 |
|-----|---------|-------------------|-----------|

Zu diesem UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

- | | | | |
|-----|---------|--------------------------------|-----------------|
| 16. | UA 4601 | Einrichtungen der Jugendarbeit | Seiten 371, 385 |
|-----|---------|--------------------------------|-----------------|

- 16.1 Neue HHSt.
4601.718.0140.0 Überbrückungsfonds offene Kinder- und Jugendarbeit

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, im Jahr 2006 einen Ansatz von 70.000 € mit einem Sperrvermerk in den Haushalt einzustellen. Dem Antrag schloss sich Frau Hakenes für die SPD-Fraktion an.

Frau Dr. Obst stellte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion in Aussicht, bis zu den abschließenden Beratungen des Rates über den Haushaltsplan zu prüfen, ob eine Bereitstellung von Mitteln für diesen Zweck noch ermöglicht werden könne.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegenstimmen abgelehnt.

| | | | |
|-----|---------|---|---------------------------|
| 17. | UA 4602 | Fachwerk Gievenbeck | Seiten 371, 377, 385, 386 |
| 18. | UA 4603 | Jugendinformations- und -beratungszentrum | Seiten 372, 386, 387 |
| 19. | UA 4604 | Lorenz Süd Berg Fidel | Seiten 372, 387, 388 |
| 20. | UA 4605 | Wuddi Kinderhaus | Seiten 372, 388, 389 |
| 21. | UA 4606 | Abi Südpark | Seiten 372, 373, 389, 390 |
| 22. | UA 4607 | Baui Feldstiegenkamp Kinderhaus | Seiten 373, 390, 391 |
| 23. | UA 4620 | Einrichtungen der Familienförderung | Seite 391 |

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

| | | | |
|----|---------|-------------------------------|---------------------------|
| 24 | UA 4640 | Tageseinrichtungen für Kinder | Seiten 373, 374, 391, 392 |
|----|---------|-------------------------------|---------------------------|

24.1 HHSt.

4640.115.0000.9 Elternbeiträge für GTK-Tageseinrichtungen

Zu dem UA rief der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt 17 „Neustrukturierung der kinderpädagogischen Angebote im Stadtteil Kinderhaus - Städt. Kinderhort „Kunterbunt“ und Bauspielplatz Kinderhaus (Baui)“ zur Beratung auf. Hierzu wird auf den entsprechenden Punkt dieser Niederschrift weiter unten verwiesen.

Für die Veranschlagungen im Haushaltsplan-Entwurf 2006 ergaben sich aus den Ergebnissen der Beschlussfassung keine Veränderungen gegenüber den Daten des Haushaltsplanentwurfs bzw. den von der Verwaltung vorgelegten Veränderungsblättern.

Zur Haushaltsstelle 4640.115.0000.9 schloss sich noch folgende Beratung an:

- Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Spar- und Konsolidierungsvorschlag „Anpassung der Platzzahlen in Kindertageseinrichtungen“ (Blatt Nr. 117) der Vorlage V/1065/2005 zurückzunehmen.

Der Antrag wurde bei 3 Für-Stimmen und 4 Enthaltungen mit 8 Gegenstimmen abgelehnt.

- Ferner beantragte Frau Möllers für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die durch die geplante Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder entfallenden Elternbeiträge ohne zusätzliche Belastung der Eltern zu kompensieren. Dazu verwies Frau Dr. Klein noch einmal auf die unter dem Tagesordnungspunkt 4 „Anfragen von Ausschussmitgliedern“ dargestellte fachliche Auffassung des Fachausschuss des Städtetages, den Kommunen und den Eltern vor dem Hintergrund der angekündigten Novellierung zum Kindergartenjahr 2007/2008 eine Debatte über die Elternbeiträge für das bevorstehende Kindergartenjahr nicht zuzumuten.

Der Antrag wurde bei 3 Für-Stimmen und 4 Enthaltungen mit 8 Gegenstimmen abgelehnt.

25. UA 4652 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen Seite 392

Zu diesem UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

26. UA 4680 Drogenhilfe Seiten 374, 392, 393

- 26.1 HHSt.
4680.718.1000.7 Indro; Zuschuss

Frau Dr. Klein appellierte an die Verantwortlichen im Land, auf die Rücknahme der im Regierungsentwurf zum Landeshaushalt geplanten Kürzungen im Bereich der Drogenhilfe zu drängen.

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, entsprechend dem Antrag des Trägers in 2006 einen Ansatz von 25.500 € sowie in 2007 und den Folgejahren von jeweils 34.000 € für die Arbeit des Vereins in den Haushalt einzustellen. Den Anträgen schloss sich Frau Hakenes für die SPD-Fraktion mit einem gleich lautenden Antrag an.

Der gemeinsame Antrag wurde bei 7 Für-Stimmen mit 8 Gegenstimmen abgelehnt.

27. UA 4700 Förderung der Wohlfahrtspflege Seite 393
28. UA 4810 Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes Seiten 374, 375
29. UA 4980 Sonstige soziale Angelegenheiten - örtl. Träger Seiten 393, 394

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

30. UA 7911 Die Ansätze wurden zum Unterabschnitt 4522 „AIM jugend+“ verlagert.

Vermögenshaushalt

31. UA 4070 Verwaltung der Jugendhilfe Seite 472
32. UA 4511 Kinder- und Jugendarbeit Seite 473
33. UA 4520 Jugendschutz / Jugendsozialarbeit Seite 473

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

34. UA 4521 Stadtteilwerkstätten Seite 473

- 34.1 Neue HHSt.
4521.940.1000.3 Bauk. Stadtteilwerkstatt West

Es wurde auf die Beratung der Tagesordnungspunkte 15 „Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord“ und 14 „Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale Handlungsschwerpunkte Teil II“ verwiesen (siehe in dieser Niederschrift weiter unten).

Mit der Beschlussfassung erübrigte sich das von der Verwaltung zu der Haushaltsstelle vorgelegte Veränderungsblatt, mit dem ein Baukostenansatz in Höhe von 100.000 € im Jahr 2006 gebildet werden sollte.

- | | | | |
|-----|---------|---|-----------------|
| 35. | UA 4601 | Einrichtungen der Jugendarbeit | Seiten 474, 475 |
| 36. | UA 4602 | Fachwerk Gievenbeck | Seite 475 |
| 37. | UA 4603 | Jugendinformations- und -beratungszentrum | Seite 475 |
| 38. | UA 4604 | Lorenz Süd Berg Fidel | Seiten 475, 476 |
| 39. | UA 4605 | Wuddi Kinderhaus | Seite 476 |
| 40. | UA 4606 | Abi Südpark | Seite 476 |
| 41. | UA 4607 | Baui Feldstiegenkamp Kinderhaus | Seite 476 |
| 42. | UA 4608 | Jugend- und Begegnungshaus Hiltrup-West | Seite 477 |
| 43. | UA 4620 | Einrichtungen der Familienförderung | Seite 477 |

Zu diesen UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

- | | | | |
|-----|---------|-------------------------------|----------------|
| 44. | UA 4640 | Tageseinrichtungen für Kinder | Seiten 477-479 |
|-----|---------|-------------------------------|----------------|

- 44.1 HHSt.
4640.940.4000.0 Ersatzbau städt. KiTa Am Juffernbach Handorf

Frau Dr. Obst beantragte für die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion gemeinsam, den Ansatz der Haushaltsstelle im Jahr 2006 um 100.000 € zu kürzen.

Den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion nahm der Ausschuss mit 8 Für-Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung an. Damit blieb das zu der Haushaltsstelle im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 15 „Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord“ vorgelegte Veränderungsblatt der Verwaltung unverändert bestehen.

- | | | | |
|-----|---------|-------------|-----------|
| 45. | UA 4680 | Drogenhilfe | Seite 480 |
|-----|---------|-------------|-----------|

Zu diesem UA wurden keine Änderungsanträge gestellt.

- | | | | |
|-----|-------------|---|----------------|
| 46. | UA 5805 ff. | Öffentliche Grünflächen / Kinderspielplätze | Seiten 488 ff. |
|-----|-------------|---|----------------|

Der Ausschuss nahm einvernehmlich alle von den Bezirksvertretungen vorgelegten Vorschläge für die Aufteilung der von ihnen frei verfügbaren Haushaltsmittel an.

Die Ansätze der Unterabschnitte 5805 ff. wurden im Rahmen der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement in den entsprechenden doppischen Haushalt des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz verlagert.

Abschließend stimmte der Ausschuss dem Gesamthaushalt in der Fassung der beschlossenen Änderungen mit 8 Ja-Stimmen bei 7 Gegenstimmen zu.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0085/2006**

**Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord
Kooperation des Amtes für Kinder, Jugendlichen und Familien, der Handwerkskammer Münster und dem Jugendausbildungszentrum JAZ gGmbH**

Der Tagesordnungspunkt wurde in Verbindung mit der Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2006 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2005 - 2009 (siehe Tagesordnungspunkt 6) behandelt.

Herr Schrade stellte die Inhalte der Vorlage kurz dar und wies insbesondere darauf hin, dass die geplante Konzeption der Einrichtung mit der in der Stadtteilwerkstatt Nord praktizierten Arbeit identisch sei.

Nach einer kurzen Diskussion beantragte Frau Dr. Obst für die Fraktionen der CDU und der FDP, die bisherigen Beschlusspunkte durch folgenden Beschlussvorschlag zu ersetzen:

1. „Die Stadt Münster führt mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Gespräche mit dem Ziel,
 - die Eingangsvoraussetzungen für das Werkstattjahr dahingehend zu erweitern, dass auch nicht mehr berufsschulpflichtige Jugendliche an diesen Maßnahmen teilnehmen können.
 - wie im Hearing vom 08.02.2006 im Landtag NRW von vielen Beteiligten gefordert, eine zusätzliche sozialpädagogische Betreuung im Werkstattjahr zu verankern.
 Die Verwaltung erstattet den Gremien über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah Bericht.
2. Für den Fall, dass zum Sommer 2006 diese Veränderungen am Konzept des Werkstattjahres nicht umgesetzt werden, wird die Stadt Münster befristet ergänzende Maßnahmen selbst durchführen. Die Stadt Münster wird dazu entweder
 - einen Personalkostenzuschuss für sozialpädagogische Betreuung im Rahmen des Werkstattjahres zur Verfügung stellen oder alternativ
 - eine Stadtteilwerkstatt West als Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord einrichten.
3. Dafür werden - befristet bis 2008 - im Haushaltsjahr 2006 50.000 €, in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 jeweils 100.000 € in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Nach einer genauen Analyse des Kreises der potenziell Unterstützungsberechtigten erfolgt eine Entsperrung auf Beschluss der Ausschüsse für Soziales und Arbeitsförderung und für Kinder, Jugendliche und Familien für den Fall, dass die unter 1. genannten Verhandlungen nicht erfolgreich sind.“

Der Änderungsantrag wurde mit 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Der Ausschuss beschloss mit 8 Für-Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster führt mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Gespräche mit dem Ziel,
 - die Eingangsvoraussetzungen für das Werkstattjahr dahingehend zu erweitern, dass auch nicht mehr berufsschulpflichtige Jugendliche an diesen Maßnahmen teilnehmen können.

- wie im Hearing vom 08.02.2006 im Landtag NRW von vielen Beteiligten gefordert, eine zusätzliche sozialpädagogische Betreuung im Werkstattjahr zu verankern. Die Verwaltung erstattet den Gremien über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah Bericht.
2. Für den Fall, dass zum Sommer 2006 diese Veränderungen am Konzept des Werkstattjahres nicht umgesetzt werden, wird die Stadt Münster befristet ergänzende Maßnahmen selbst durchführen. Die Stadt Münster wird dazu entweder
 - einen Personalkostenzuschuss für sozialpädagogische Betreuung im Rahmen des Werkstattjahres zur Verfügung stellen oder alternativ
 - eine Stadtteilwerkstatt West als Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord einrichten.
 3. Dafür werden - befristet bis 2008 - im Haushaltsjahr 2006 50.000 €, in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 jeweils 100.000 € in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Nach einer genauen Analyse des Kreises der potenziell Unterstützungsberechtigten erfolgt eine Entsperrung auf Beschluss der Ausschüsse für Soziales und Arbeitsförderung und für Kinder, Jugendliche und Familien für den Fall, dass die unter 1. genannten Verhandlungen nicht erfolgreich sind.“

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0646/2005**

**Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale
Handlungsschwerpunkte Teil II**

Der Tagesordnungspunkt wurde in Verbindung mit der Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2006 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2005 - 2009 (siehe Tagesordnungspunkt 6) behandelt.

Der Vorsitzende informierte darüber, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage ebenso wie die inhaltlich korrespondierende Vorlage V/0085/2006 „Stadtteilwerkstatt West“ ohne Beschlussfassung in die Sitzung des Hauptausschusses geschoben habe.

Die Bezirksvertretung Münster-West habe die Vorlage in ihrer Sitzung am 09.02.2006 mit der Ergänzung beschlossen, dass auch den Bezirksvertretungen über die Erfolge der durch die AIM jugend+ geförderten Projekte berichtet werden solle (Beschlusspunkt 3). Hierzu wurde auf die Schnellmeldung vom 10.02.2006 verwiesen, die mit den Unterlagen zur Sitzung verschickt wurde.

Frau Dr. Klein und Frau Dr. Ringbeck erläuterten die Vorlage.

Frau Greefrath beantragte für die Fraktionen der CDU und der FDP, den Beschlussvorschlag der Vorlage wie folgt neu zu fassen:

„Beschlusspunkt 1:

Die in der Vorlage genannten und dotierten Projekte (Ziff. 2.1 bis 2.6) werden aufgrund der bereits im letzten Jahr freigegebenen Finanzierung im notwendigen Umfang bis zum jeweiligen Projektende aus Mitteln der Haushaltsstelle 4522.717.9000.8 weiter finanziert.

Ausgenommen ist die Ziff. 2.7 (Stadtteilwerkstatt West) für die mit der Vorlage 85/2006 eine gesonderte Regelung getroffen wird.

Beschlusspunkt 2:

Über Folgeprojekte wird nach Abschluss der im Beschlusspunkt 1 genannten Projekte erst nach der Vorlage eines ausführlichen Erfahrungsberichtes, der insbesondere die fachlichen (pädagogischen/sozialen) und finanziellen Auswirkungen aufzeigt (Controllingbericht), entschieden.

Beschlusspunkt 3:

Über neue Förderkriterien wird erst nach Beendigung der o. g. Projekte und der Vorlage des vorgenannten Erfahrungsberichtes entschieden.“

Zur Begründung ergänzte Frau Dr. Obst:

„Dadurch werden im Jahr 2006 Mittel nur in Höhe von 250.000 € für die laufenden Projekte des Handlungsprogramms II (200.000 €) und für das mit Vorlage V/0085/2006 neu disponierte Projekt ‚Stadtteilwerkstatt West‘ (Arbeitstitel / 50.000 € mit Sperrvermerk) gebunden. In den Jahren 2007 und 2008 werden jeweils Mittel in Höhe von 300.000 € (200.000 € Projekte; 100.000 € ‚Stadtteilwerkstatt West‘) mit einem Sperrvermerk versehen in den Haushalt eingestellt. Dadurch kann als Konsolidierungsbeitrag für den gesamtstädtischen Haushalt aus der Haushaltsstelle ‚Förderung von Arbeit, Beschäftigung und Qualifizierung‘ (HHSt. 4522.717.9000.8) ein Betrag von 200.000 Euro p. a. ab 2007 zur Verfügung gestellt werden (2006 = 250.000 €).“

In der folgenden Diskussion wurde der Antrag näher erläutert. Dagegen wurden der bisherige Zeitverzug in der Sache sowie die vorgesehene Kürzung der Mittel in diesem Bereich bemängelt, wobei das Anliegen der Vorlage im Grundsatz unterstützt wurde.

Es bestand Einvernehmen, dem Antrag der Bezirksvertretung Münster-West zu folgen und die Bezirksvertretung im Rahmen der im vorliegenden Änderungsantrag vorgesehenen Berichterstattung in der Sache zu beteiligen.

Der Vorsitzende stellte den Änderungsantrag zur Abstimmung. Er wurde bei 7 Gegenstimmen mit 8 Für-Stimmen angenommen.

Anschließend beschloss der Ausschuss mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegenstimmen, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Die in der Vorlage genannten und dotierten Projekte (Ziff. 2.1 bis 2.6) werden aufgrund der bereits im letzten Jahr freigegebenen Finanzierung im notwendigen Umfang bis zum jeweiligen Projektende aus Mitteln der Haushaltsstelle 4522.717.9000.8 weiter finanziert. Ausgenommen ist die Ziff. 2.7 (Stadtteilwerkstatt West) für die mit der Vorlage 85/2006 eine gesonderte Regelung getroffen wird.
2. Über Folgeprojekte wird nach Abschluss der im Beschlusspunkt 1 genannten Projekte erst nach der Vorlage eines ausführlichen Erfahrungsberichtes, der insbesondere die fachlichen (pädagogischen/sozialen) und finanziellen Auswirkungen aufzeigt (Controllingbericht), entschieden.
3. Über neue Förderkriterien wird erst nach Beendigung der o. g. Projekte und der Vorlage des vorgenannten Erfahrungsberichtes entschieden.“

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0139/2006**

**Umstrukturierung und Weiterentwicklung des
Inobhutnahme-Systems für Kinder und
Jugendliche in Münster**

Der Tagesordnungspunkt wurde in Verbindung mit der Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2006 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2005 - 2009 (siehe Tagesordnungspunkt 6) behandelt.

Frau Pohl führte in die Vorlage ein und informierte über die zur Vorbereitung geführten Gespräche mit den betroffenen Trägern sowie der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 6 „Hilfen zur Erziehung“. Sie beantwortete verschiedene Fragen.

Es entstand eine Diskussion, in der die Notwendigkeit begründet wurde, Kapazitäten in Einrichtungen bei mangelnder Auslastung abzubauen. Andererseits wurde betont, wie wichtig es sei, die Entwicklung bei der Inanspruchnahme der Einrichtungen in Krisen zu beobachten.

Daher wurde vereinbart, über die Entwicklungen in diesem Bereich regelmäßig - mindestens einmal jährlich - zu berichten.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Rat beschliesst die Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Inobhutnahme-Systems für Kinder und Jugendliche in Münster, die mit den betroffenen Trägern der Angebote einvernehmlich abgestimmt wurden (siehe Ziffern 3.1 - 3.3 der Begründung).

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf Basis der Ausführungen in den Ziffern 3.1 - 3.3 entsprechende Verträge abzuschließen:

- mit dem Träger der Kinderkrisenhilfe, dem Kinderheim St. Mauritz zum 01.04.2006,
- mit dem Träger des Mädchenhauses, der Outlaw gGmbH zum 01.03.2006 und
- mit dem Träger des ZOFF, dem SKM Münster e.V. zum 01.05.2006.

3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass durch die Veränderung der Angebotsprofile und die Reduzierung der Platzkontingente im Jahr 2006 ein Konsolidierungsbeitrag von 560.000 € erbracht wird. Die Ausgabenreduktion im Jahr 2007 beträgt voraussichtlich 610.000 €, ab dem Jahr 2008 soll sie sich auf 710.000 € belaufen.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass nur für die Inobhutnahme Kosten von 607.000 € entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

| Ausgaben | | | | |
|---------------------------|---|-------------------------|---------------------|---|
| Haush.- stelle | Bezeichnung | Haush.- jahr | Betrag € | Bemerkung |
| 4561.770.3000.0 | Inobhutnahme, niederschwellige Angebote | 2006 | 925.040 | HH-Ansatz einschl. der niederschwelligen Angebote |
| 4551.770.0000.X | Heimerziehung, betreute Wohnformen, Abklärung | 2006 | 12.521.850 | |

Durch den Umbau der Inobhutnahme-Strukturen werden im Haushalt 2006 bei der HHSt. Inobhutnahme 160.000 € und bei der HHSt. Heimerziehung für den Teilbereich der Abklärung 400.000 € eingespart. Die dargestellten Ansätze wurden bereits durch Veränderungsblätter reduziert.“

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0156/2006**

Neustrukturierung der kinderpädagogischen Angebote im Stadtteil Kinderhaus - Städt. Kinderhort "Kunterbunt" und Bauspielplatz Kinderhaus (Bau)

Der Tagesordnungspunkt wurde in Verbindung mit der Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2006 sowie des Finanzplans und des Investitionsprogramms 2005 - 2009 (siehe Tagesordnungspunkt 6) behandelt.

In einem einführenden Bericht erläuterte Frau Pohl die im Stadtteil bestehende Infrastruktur. Sie stellte die Bedarfe sowie die vor Ort tätigen Träger und ihre Angebote dar und erklärte das daraus entwickelte integrierte Konzept für das neue kinderpädagogische Angebot in Kinderhaus.

Von verschiedener Seite wurde zwar positiv bewertet, dass Synergieeffekte für neue Angebote genutzt werden sollten. Mit Blick auf die besondere Qualität der bisherigen Hortarbeit wurden aber Bedenken geltend gemacht, ob die Bedürfnisse der betroffenen Kinder bei den künftig gegebenen Voraussetzungen insbesondere in räumlicher Hinsicht ausreichend berücksichtigt werden könnten. Auf der anderen Seite wurde die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung ausdrücklich begrüßt.

Der Ausschuss beschloss mit 8 Für-Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Das Förderangebot für die Kinder des städt. Hortes ‚Kunterbunt‘ in Kinderhaus wird mit verringerter Platzzahl (bisher 20 Plätze - künftig 16 Plätze) und den offenen kinderpädagogischen Angeboten des Bauspielplatzes Kinderhaus zu einem integrierten Sozialraumkonzept verbunden.
2. Die Angebote des städt. Hortes ‚Kunterbunt‘ werden zum Schuljahr 2006/2007 in die Räumlichkeiten des Bauspielplatzes Kinderhaus verlagert. Organisatorisch wird die neue Einrichtung der Kinder- und Jugendeinrichtung Wuddi - Kinderhaus zugeordnet.
3. Die Öffnungszeiten des Bauspielplatzes Kinderhaus (derzeitig 20 Stunden pro Woche) wird beibehalten, erhält jedoch im Rahmen des integrativen Gesamtkonzeptes mit dem Ziel der Wochenendöffnung sowie der Öffnung in den Ferienzeiten eine veränderte Schwerpunktsetzung.
4. Die Verwaltung legt im Sommer 2006 ein Feinkonzept zur fachlichen Ausrichtung vor.
5. Die Realisierung des Konsolidierungsbeitrages (vgl. Vorlage V/1065/2005, Konsolidierungsblatt Nr. 112) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in der Konsolidierungsvorlage (V/1065/2005) vorgeschlagene Einsparung von Haushaltsmitteln (Konsolidierungsblatt Nr. 112) realisiert wird.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Nicht erforderlich.“

Herr Dr. Gummersbach führte in die Vorlage ein und gab Informationen zu den in Kooperation zwischen Amt für Schule und Weiterbildung und Amt für Kinder, Jugendliche und Familien entwickelten Vorschlägen. Dabei verdeutlichte er die Problematik, dass bei den vorgeschlagenen Maßnahmen Reduzierungen auf Grund der knapper gewordenen Finanzmittel erforderlich wurden. Mit einer Umsetzung der Vorlage würden perspektivisch knapp 2.800 Grundschüler (ca. 26,4 %) von den Angeboten der Offenen Ganztagschule erreicht.

Von verschiedener Seite wurde das Anliegen der Vorlage unterstützt, gleichzeitig wurden aber die mit den vorgeschlagenen Maßnahmen verbundenen Standards kritisch gesehen.

Frau Dr. Obst beantragte für die Fraktionen der CDU und der FDP, den Beschlussvorschlag der Vorlage wie folgt zu ändern:

Der Beschlusspunkt 2 solle gestrichen werden - die fortlaufende Nummerierung ändere sich entsprechend - und der Beschlusspunkt 3 (bisher 4), vierter Spiegelstrich, solle wie folgt neu gefasst werden:

- „Für Kinder der Offenen Ganztagschule wird bei Bedarf ein Ferienbetreuungsangebot von insgesamt 6 Wochen im Schuljahr vorgehalten, welches in den Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagschule enthalten ist. Die Verwaltung informiert zukünftig rechtzeitig zu Beginn des Jahres die Eltern über die geplanten Ferienbetreuungsangebote des Schul- und Jugendamtes und der freien Träger.“

Der Änderungsantrag wurde bei 7 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Anschließend beschloss der Ausschuss mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegenstimmen, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Rat erklärt seine Bereitschaft, trotz der erheblichen kommunalen Haushaltsprobleme und der damit erforderlichen Konsolidierungserfordernisse zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des besonderen Profils der Stadt Münster als ‚City of Learning‘, neben den bestehenden 26 Offenen Ganztagschulen im Primarbereich ab dem Schuljahr 2006/07 (01.08.2006) folgende Schulen als Offene Ganztagschulen im Primarbereich zu führen:

Stadtbezirk Münster-Mitte

Aegidii-Ludgeri-Schule
Johannisschule
Hermannschule
Gottfried-von-Cappenberg-Schule
Mauritzschule
Erich Kästner-Schule (Förderschule)

Stadtbezirk Münster-West

Marienschule Roxel
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Nienberge
Peter-Wust-Schule

Stadtbezirk Münster-Ost

Astrid Lindgren-Schule Gelmer

Stadtbezirk Münster-Südost

Nikolaischule Wolbeck
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Angelmodde
Idaschule / Pestalozzischule

Stadtbezirk Münster-Hiltrup

Grundschule Loevelingloh
Marienschule Hiltrup

2. Für den Investitionsbereich werden den Offenen Ganztagschulen wegen der auslaufenden Landesförderung über die in dieser Vorlage genannten Mittel hinaus keine weiteren Haushaltsmittel bereit gestellt.
3. Die Finanzformel, nach der sich das Budget für die Betreuung / Förderung der Schüler/innen in den Offenen Ganztagschulen berechnet, wird ab dem Schuljahr 2006/07 wie folgt verändert und bezieht sich ab dem 01.08.2006 auf alle, als Offene Ganztagschulen geführten Schulen (I. bis III. Staffel):
 - An den Grundschulen wird eine Gruppenstärke von 25 Kindern, an den Förderschulen eine Gruppenstärke von 12 Kindern zugrunde gelegt (bisher konnte eine erste Offene Ganztagschulgruppe im Grundschulbereich bereits ab 20 Kinder gebildet werden).
 - In jeder Betreuungsgruppe können geringfügig Beschäftigte im Umfang von 21 Wochenstunden eingesetzt werden (bisher konnten in der 1. Betreuungsgruppe geringfügig Beschäftigte mit 25 Wochenstunden, in jeder weiteren Gruppe mit 23 Wochenstunden eingesetzt werden).
 - Bis zur Einrichtung einer zweiten Betreuungsgruppe (ab dem 50. Kind) wird ab dem 26. Kind pro Gruppe ein Betrag in Höhe von 1.400,00 € zur Verfügung gestellt. Gleiches gilt für die Einrichtung jeder weiteren Gruppe (bisher wurde je Kind ein Betrag in Höhe von 1.500,00 € zur Verfügung gestellt).
 - Für Kinder der Offenen Ganztagschule wird bei Bedarf ein Ferienbetreuungsangebot von insgesamt 6 Wochen im Schuljahr vorgehalten, welches in den Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagschule enthalten ist. Die Verwaltung informiert zukünftig rechtzeitig zu Beginn des Jahres die Eltern über die geplanten Ferienbetreuungsangebote des Schul- und Jugendamtes und der freien Träger.
 - Das bisher bereitgestellte Förderbudget für besondere Förderbedarfe / Kooperationsmodelle in Höhe von 275.000,00 € wird nicht erhöht. Es wird ab dem Schuljahr 2006/07 für alle Offenen Ganztagschulen (I. bis III. Staffel) abrufbar sein.
 - Veränderung der Elternbeiträge
Ab dem 01.08.2006 wird durch eine Änderung der Entgeltordnung ‚Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)‘ pro Monat ein Elternbeitrag bis maximal 150,00 € statt bisher 100,00 € erhoben. Die einkommensabhängigen Elternbeiträge werden dazu angepasst (s. Vorlage V/0084/2006).

4. Finanzierung

4.1 Personal- und Sachkosten

Sofern der Rat der Umwandlung der unter Ziffer 1. genannten Schulen in eine Offene Ganztagschule und der unter Ziffer 4. veränderten Finanzformel zustimmt, ergibt sich unter Berücksichtigung der veränderten Elternbeiträge und der zu erwartenden Landeszuweisungen zu den laufenden Kosten (ohne Investitionskosten) folgende Gesamtübersicht der Finanzierung: *)

| | Ansatz 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
|---------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Einnahmen | | | | | |
| Elternbeiträge | 1.125.390 € | 1.064.045 € | 1.416.422 € | 1.416.422 € | 1.416.422 € |
| Landeszuwendung | 1.153.300 € | 1.737.352 € | 2.125.050 € | 2.125.050 € | 2.125.050 € |
| gesamt | 2.278.690 € | 2.801.397 € | 3.541.472 € | 3.541.472 € | 3.541.472 € |
| Ausgaben | | | | | |
| Personalkosten | 2.559.531 € | 3.466.160 € | 4.203.120 € | 4.203.120 € | 4.203.120 € |
| Sachkosten | 151.090 € | 192.655 € | 248.200 € | 248.200 € | 248.200 € |
| Grundbedarf gesamt | 2.710.621 € | 3.658.815 € | 4.451.320 € | 4.451.320 € | 4.451.320 € |
| Förderfonds | 397.220 € | 287.700 € | 275.000 € | 275.000 € | 275.000 € |
| Ferienbetreuung | 124.000 € | 284.090 € | 305.000 € | 305.000 € | 305.000 € |
| Fortbildung | | **) | 15.000 € | 15.000 € | 15.000 € |
| Ausgaben ges. | 3.231.841 € | 4.230.605 € | 5.046.320 € | 5.046.320 € | 5.046.320 € |
| Diff. Ausg./Einn. | 953.151 € | 1.429.208 € | 1.504.848 € | 1.504.848 € | 1.504.848 € |
| Zuschuss lt. Etatentwurf | 953.151 € | 970.798 € | 610.150 € | 612.173 € | 603.883 € |
| Mehrbedarf | 0 € | 458.410 € | 894.698 € | 892.675 € | 900.965 € |

Hinweis: Die Zahlen für 2005 entsprechen den Haushaltsansätzen.
Die Zahlen für 2006 entsprechen den Ansätzen **nach** der Konsolidierung

- *) Die Finanzierung enthält die ab dem 01.08.2006 von den Schulen (einschließlich der III. Staffel OGTS) gemeldeten Bedarfe für alle Förder- und Betreuungsangebote.
**) Im Jahr 2006 stehen rd. 12.700,00 € aus dem Förderbudget für ein eingeschränktes Fortbildungsangebot zur Verfügung.

4.2 Die für das Haushaltsjahr 2006 erforderlichen Mittel in Höhe von 458.410,00 € werden haushaltsneutral durch Umbuchung von Haushaltsmitteln wie folgt finanziert:

| Nr. | Betrag | Position | Haushaltstelle |
|---------------|--------------------|---|-----------------|
| 1 | 40.000,- € | Schulbücher nach dem LFG | 2..0.631.0000.. |
| 2 | 50.000,- € | Schülerfahrkosten | 2..0.639.0000.. |
| 3 | 20.000,- € | Betriebskostenzuschuss Papst-Johannes-Schule | 2710.718.0000.2 |
| 4 | 8.500,- € | Sachkosten ZA 10 | 2..0.500.0000.. |
| 5 | 1.500,- € | Erstattung von Leistungen an AWM | 2.00.509.1000.. |
| 6 | 120.000,- € | Offene Ganztagschule - Ferienbetreuung - | 2100.627.2110.0 |
| 7 | 212.280,- € | Offene Ganztagschule (Rest aus 2005) | 2100.627.2100.4 |
| 8 | 6.130,- € | Ganztägige Betreuung - Sachkosten - (Rest aus 2005) | 2100.627.1000.6 |
| gesamt | 458.410,- € | | |

Die unter den Positionen 6, 7 und 8 genannten Mittel können lediglich einmalig im Jahre 2006 zur Verfügung gestellt werden.

Von den für die Haushaltsjahre 2007 ff. zusätzlich erforderlichen Mittel werden 120.000 Euro aus dem Budget des Amtes für Schule und Weiterbildung finanziert. Die dann noch fehlenden Haushaltsmittel werden aus dem Gesamtbudget der Stadt Münster finanziert.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der für die Personal- und Sachkosten ab dem Haushaltjahr 2007 ff. anfallende Mehrbedarf im städtischen Haushalt 2006 und im Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 bis 2009 über entsprechende Veränderungsblätter zusätzlich bereitzustellen ist und dies, obwohl aus rein finanzpolitischer Sicht vorstehende Maßnahmen dem Konsolidierungsziel der zweiten Stufe (nachhaltige Einsparung weitere 30 Mio. Euro) entgegenstehen und zu weiteren nachhaltigen finanziellen Belastungen führen.

Die Auswirkungen auf die einzelnen Haushaltsstellen in den jeweiligen Jahren können der Anlage 1 entnommen werden.

4.3 Personalkosten für Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen)

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass in den vorgenannten Mehrbedarfen die Personalkosten für

- 11 Erzieher/innen der Entgeltgruppe 6/8 mit je 25 Wochenstunden
- 2 Erzieher/innen der Entgeltgruppe 6/8 mit je 19,25 Wochenstunden

enthalten sind, die den 16 OGTS-Schulen der III. Staffel zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus enthält der Mehrbedarf die Personalkosten für

- 15 Erzieher/innen mit der Entgeltgruppe 6/8 mit je 19,25 Wochenstunden,

die den bereits bestehenden Offenen Ganztagschulen (I. und II. Staffel) aufgrund des gestiegenen Bedarfes zur Verfügung gestellt werden.

Im Stellenplan 2006 werden hierfür zusätzlich folgende Stellen der Entgeltgruppe 6 eingerichtet:

11 Stellen mit jeweils 25 Wochenstunden (0,65 Stellenanteile),
17 Stellen mit jeweils 19,25 Wochenstunden (0,50 Stellenanteile),
insgesamt 15,65 Stellen.

- 4.4 Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Ausgaben für die Förder- und Betreuungsangebote im Anschluss an den Unterrichtsvormittag an den Grund- und Förderschulen in der Primarstufe (einschl. der Klassen 5 und 6 an Förderschulen) von 3.231.841,00 € im Jahr 2005 auf 4.230.605,00 € im Jahr 2006 (Erhöhung um 458.410,00 €) und in den Jahren 2007 ff. auf 5.046.320,00 € (Erhöhung um rd. 894.700,00 €) steigen.
(Förder- und Betreuungsangebote im Anschluss an den Unterrichtsvormittag = ‚Acht bis Eins‘, ‚Offene Ganztagschule‘, ‚Angebote an Nicht-Offenen-Ganztagschulen‘)

5. Investitionen

- 5.1 Für notwendige Investitionen im Rahmen der dritten Ausbauphase offener Ganztagschulen werden im Haushaltplan 2006, Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009 Mittel wie folgt zusätzlich veranschlagt:

| HHSt. | Bezeichnung | Jahr | Betrag € | Bemerkung |
|------------------|--|--------|-------------|-----------|
| Einnahmen | | | | |
| 2100.360.1760.3 | Zuw. Bund Einrichtung offener Ganztagschulen | 2006 | 585.000 | |
| | | 2007 | 1.600.000 | |
| | | 2008 | | |
| | | gesamt | 2.185.000 | |
| Ausgaben | | | | |
| 2100.940.1760.1 | Bauk. Einrichtung offener Ganztagschulen | 2006 | 1.180.000 | |
| | | 2007 | 710.000 | |
| | | 2008 | | |
| | | gesamt | 1.890.000 | |
| 2100.935.1760.4 | Besch. Einrichtung offener Ganztagschulen | 2006 | 260.000 | |
| | | 2007 | 50.000 | |
| | | 2008 | | |
| | | gesamt | 310.000 | |

Die notwendigen Veränderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2006 werden von der Verwaltung gefertigt. Auch hier wird zur Kenntnis genommen, dass diese Mehrkosten sowohl die Verschuldung erhöhen als auch den Verwaltungshaushalt durch Zinszahlungen nachhaltig und dauerhaft belasten.

6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die dritte Ausbauphase offener Ganztagschulen über den notwendigen 10 %igen Eigenanteil hinaus keine zusätzlichen kommunalen Investitionsmittel notwendig sind.
7. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die 19 Gruppen der dritten Ausbauphase Offener Ganztagschulen eine Zuwendung in Höhe von max. 2.185.000,00 € beantragt werden könnte (19 Gruppen x 115.000,00 €), sofern die Gesamtkosten unter Berücksichtigung des zu erbringenden Eigenanteils von 10 % mindestens 2.427.778,00 € betragen würden. Da die geschätzten Gesamtkosten jedoch 2.200.000,00 € (1.890.000,00 € Baukosten und 310.000,00 € Beschaffungen) betragen, ist bei isolierter Betrachtung der dritten Ausbauphase lediglich eine Zuwendung in Höhe von 1.980.000,00 € zu erwarten (entspricht 90 % der Ausgaben).
8. Die Verwaltung wird beauftragt, für die erwarteten 19 Gruppen an den 16 Schulen der dritten Ausbauphase die maximale Zuwendung in Höhe von 2,185 Mio. € aus dem Programm ‚Zukunft Bildung und Betreuung‘ unter Einbeziehung der Kosten für die erste und zweite Staffel offene Ganztagschule zu beantragen mit dem Ziel, den kommunalen Eigenanteil für noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen der ersten und zweiten Staffel zu senken.

9. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Vorentwurfsplanung mit Kostenschätzung für die Erweiterung der bereits im Rahmen der zweiten Ausbauphase zum Schuljahr 2005/2006 zu offenen Ganztagschulen umgewandelten Clemensschule Hilstrup und Paul-Gerhardt-Schule Hilstrup zu erarbeiten. Das Raumprogramm umfasst die für Zwecke der offenen Ganztagschule insgesamt zwingend notwendigen Funktions- und Betreuungsräume (Küche, 2 Essräume, 4 Betreuungsräume).

Die geschätzten Kosten in Höhe von 1,3 Mio. € sind in den bei den HHSt. 2100.940.1760.1 und 2100.935.1760.4 bereits veranschlagten Mitteln für die erste und zweite Ausbauphase der offenen Ganztagschulen enthalten.“

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0084/2006**

**Änderung der Entgeltordnung „Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Förderschulbereich)“
- Konsequenzen für das Konsolidierungsprogramm**

Nachdem Herr Mörchen den Inhalt der Vorlage erläutert hatte beschloss der Ausschuss nach einer kurzen Diskussion mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegenstimmen, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Die ‚Entgeltordnung für Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)‘ erhält folgende neue Bezeichnung: ‚Entgeltordnung für Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 an Förderschulen)‘.
2. Die Neufassung der Entgeltordnung einschließlich der Tarife zur Entgeltordnung wird beschlossen (s. Anlage 1).
3. Die Neufassung der Entgeltordnung sowie die neuen Tarife treten zum 01.08.2006 in Kraft und ersetzen die derzeitige Entgeltordnung ‚Förder- und Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler an Grund- und Sonderschulen und an offenen Ganztagschulen im Primarbereich (einschl. der Klassen 5 und 6 im Sonderschulbereich)‘ vom 03.03.2005 (vgl. Ratsvorlage V/1065/2004 vom 28.12.2004).
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der im Konsolidierungsblatt Nr. 58 gemachte Vorschlag nicht realisiert werden kann, sondern stattdessen sind Mindereinnahmen bei den Elternbeiträgen zu verzeichnen. Der Haushaltsansatz muss deshalb um 216.550 € reduziert werden.“

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0070/2006**

Modellprojekt zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft

Herr Dr. Gummersbach erläuterte die Vorlage und gab eine redaktionelle Änderung zum Beschlussvorschlag Ziffer 2 bekannt. Dort hieß es korrekt:

- „2. Der Rat beschließt die Fortführung des Modellprojektes zur stärkeren Internationalisierung der städtischen Bildungslandschaft über den zweijährigen Zeitraum, der am 31.12.2006 endet, hinaus.“

Sowohl für die Fraktion der SPD, wie auch für die Fraktionen der CDU und der FDP wurden Änderungsanträge zum Beschlussvorschlag der Verwaltung bis zur abschließenden Beratung im Rat in Aussicht gestellt. Daher wurde vorgeschlagen, die Vorlage ohne Beschlussfassung in die Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zu schieben.

Dem Vorschlag wurde einvernehmlich gefolgt. Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/1022/2005**

**Maßnahmen der Stiftung Siverdes und Stiftung
Generalarmenfonds für Flüchtlingskinder und junge erwachsene Flüchtlinge**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Das im Wirtschaftsjahr 2005 einmalig von der Stiftung Pfründnerhaus Kinderhaus geförderte Jugendberufshilfeprojekt des JAZ wird im Jahr 2006 von der Stiftung Siverdes mit einem Betrag von 30.000 Euro weitergefördert.
2. Der bis Ende 2004 von der Stiftung Generalarmenfonds eingerichtete Hilfsfonds für Freizeitmaßnahmen mit Flüchtlingskindern wird ab 2006 für die Dauer von 3 Jahren bis Ende 2008 in einer Höhe von 25.000 Euro jährlich wiederaufgelegt.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 30.000 Euro bei der Stiftung Siverdes im Wirtschaftsjahr 2006 und insgesamt 75.000 Euro bei der Stiftung Generalarmenfonds in den Wirtschaftsjahren 2006, 2007 und 2008 entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

| Stiftung / Projekt | Wirtschaftsjahr/e | | | Fördersumme |
|--|-------------------|------------------|------------------|-------------|
| Stiftung Siverdes Jugendberufshilfeprojekt JAZ | 2006 | | | 30.000,00 € |
| Stiftung Generalarmenfonds Hilfsfonds | 2006 25.000 € | 2007 25.000 € | 2008 25.000 € | 75.000,00 € |

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0008/2006**

**Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der
Stadt Münster
Ein Modellprojekt in der aufsuchenden Gesundheitshilfe für Flüchtlinge und sozial sowie gesundheitlich Benachteiligte
- Anregung des Ausländerbeirates an den Rat Nr.
AAB/0003/2005**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt der Fortführung des Modellprojektes ‚Die Familienhebamme am Gesundheitsamt der Stadt Münster‘ für den Zeitraum 2006 bis 2008 zu.

2. Mit der Beschlussfassung zu Ziffer 1 ist die Anregung des Ausländerbeirates AAB/0003/2005 erledigt.

Kosten/Folgekosten

3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Modellprojekt durch einen Zuschuss der Franz Bröcker-Stiftung in Höhe von jährlich jeweils 11.440 € für die Jahre 2006 bis 2008 gefördert wird und dass Kosten und Folgekosten in Höhe von jährlich jeweils 31.000 € für die Jahre 2006 bis 2008 entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

4. Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

| Ausgaben | | | | |
|---------------------------|----------------------------------|-------------------------|---------------------|---|
| Haush.- stelle | Bezeichnung | Haush.- jahr | Betrag € | Bemerkung |
| 5000.655.0000.X | Projektmittel Familienhebamme | 2006 | 31.000 | Für das 1. Halbjahr 2006 wurden 15.500 € apl. zur Verfügung gestellt. Insgesamt Deckung jeweils: 11.440 € <i>Einnahm. s.u.</i> 9.560 € <i>Sperrung bei</i> <i>5000.590.0000.9</i> 10.000 € <i>Sperrung bei</i> <i>5000.663.0000.X</i> |
| | | 2007 | 31.000 | |
| | | 2008 | 31.000 | |

| | | | |
|-------------------|--|--------|--|
| Insgesamt: | | 93.000 | |
|-------------------|--|--------|--|

| Einnahmen | | | | |
|---------------------------|-------------------------------------|-------------------------|---------------------|------------------|
| Haush.- stelle | Bezeichnung | Haush.- jahr | Betrag € | Bemerkung |
| 5000.178.0000.8 | Zuschuss Franz Bröcker- Stiftung | 2006 | 11.440 | |
| | | 2007 | 11.440 | |
| | | 2008 | 11.440 | |

| | | | |
|-------------------|--|--------|--|
| Insgesamt: | | 34.320 | |
|-------------------|--|--------|--|

Die entsprechenden Mittel werden über Veränderungsblätter in den Haushalt 2006 ff. eingestellt.“

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0025/2006**

**Haushaltskonsolidierungsprogramm 2006
Hier: Reduzierung des Zuschusses an die Aids-Hilfe Münster e.V. und an die Suchtberatungsstellen des Caritasverbandes für die Stadt Münster e.V. und des Diakonischen Werkes Münster e.V. um die jährlichen Steigerungsraten der Zuschussgewährung**

Der Ausschuss beschloss mit 8 Für-Stimmen bei 7 Gegenstimmen, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt für die Jahre 2006 ff. eine aufgrund des Haushaltskonsolidierungsprogramms 2006 um den jährlichen Steigerungsbetrag reduzierte Zuschussgewährung an die Vereine:

- Aids-Hilfe Münster e.V. (Zuschuss wie 2005 unverändert 127.820,- €)
- Suchtberatungsstellen des Caritasverbandes für die Stadt Münster e.V. und des Diakonischen Werkes Münster e.V. (Zuschuss wie 2005 unverändert insgesamt 215.240,- €).

Konsolidierungswirkung

2. Mit dieser Vorlage legt die Verwaltung eine Beschlussempfehlung zur Umsetzung des Konsolidierungsvorschlages aus Nr. 127 des Spar- und Konsolidierungsprogramms 2006 - 2009 (Vorlage an den Rat Nr. V / 1065 / 2005) vor.

Der Städtische Haushalt wird durch diese Maßnahme wie folgt entlastet:

| | <u>Aids-Hilfe</u> | <u>Suchtberatung</u> | = | |
|-------------|-------------------|----------------------|---|--------------------|
| 2006 | 1.510,- € | 3.230,- € | = | 4.740,- € |
| 2007 | 3.040,- € | 6.500,- € | = | 9.540,- € |
| 2008 | 4.600,- € | 9.830,- € | = | 14.430,- € |
| <u>2009</u> | <u>6.180,- €</u> | <u>41.430,- €</u> | = | <u>47.610,- €</u> |
| gesamt | 15.330,- € | 60.990,- € | = | 76.320,- €' |

**Punkt 17 der Tagesordnung
V/0125/2006**

Umstrukturierung der Kath. Kindertageseinrichtung St. Clemens, Zur Alten Feuerwache 5, 48165 Münster, zu einer integrativen Schwerpunkteinrichtung für behinderte und nicht behinderte Kinder

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Die zur Errichtung einer integrativen Schwerpunkteinrichtung von der Kath. Kirchengemeinde St. Clemens zum Kindergartenjahr 2006/2007 (Beginn 01.08.2006) geplante Umstrukturierung von einer der Kindergarten-Regelgruppen der Kath. Kindertageseinrichtung St. Clemens in eine Kindergarten-Tagesstättengruppe mit fünf Plätzen für behinderte bzw. von Behinderung bedrohte und 15 Plätzen für nicht behinderte Kinder wird begrüßt - die dabei entstehenden Mehrkosten werden schrittweise aus vorhandenen städtischen Mitteln finanziert.

2. Die Förderung der unter Beschlussziffer 1 genannten Maßnahme steht unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Zustimmung und Förderzusage gem. den Sozialhilfegrundsätzen für die Förderung von Schwerpunkteinrichtungen in Westfalen-Lippe durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Gruppenumstrukturierung im Rahmen der Betriebskosten beim öffentlichen Zuschuss gem. GTK ab dem 01.08.2006 jährlich ca. 2.600 € an städtischen Mehrkosten entstehen (im Haushaltsjahr 2006 in der Zeit vom 01.08. bis 31.12.2006 anteilig ca. 1.085 €).

Ab dem 01.08.2007 entstehen durch die Übernahme der Mehrkosten beim Trägeranteil gem. GTK jährlich ca. 2.900 € an weiteren städtischen Mehrkosten - insgesamt entstehen somit ab dem 01.08.2007 jährlich städtische Mehrausgaben in Höhe von ca. 5.500 €.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die Mittel für die Mehrkosten beim öffentlichen Zuschuss gem. GTK werden ab dem 01.08.2006 aus der Haushaltsstelle 4640.718.0200.9 ‚Betriebskostenzuschüsse an Träger‘ und die Mittel für die städtische Übernahme der Mehrkosten beim Trägeranteil ab dem 01.08.2007 aus der Haushaltsstelle 4640.718.0100.6 ‚Zusätzliche Betriebskostenzuschüsse für GTK-Tageseinrichtungen‘ bereitgestellt. Eine Erhöhung der Ansätze wird hierfür nicht erforderlich.

Befristung

keine“

| | |
|----------------------------------|--|
| Punkt 18 der Tagesordnung | Entwurf einer Resolution an die Landesregierung, von den geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe Abstand zu nehmen |
|----------------------------------|--|

Frau Markerth erläuterte den als Tischvorlage vorgelegten Entwurf ihres Verbandes für eine Resolution an die Landesregierung (Anlage 2), von den geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe Abstand zu nehmen. Herr Degen und Herr Messing wirkten gem. § 31 GO NW nicht an der Beratung zu diesem Thema mit.

Für die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 2 „Kinder- und Jugendarbeit“ beschrieb Herr Schönfelder das Verfahren für die neuerliche Volksinitiative in der Sache und bat die Anwesenden um Unterstützung des Anliegens.

Nach einer kurzen Diskussion stellte der Vorsitzende den vorliegenden Entwurf einer Resolution des Ausschusses zur Abstimmung.

Der Ausschuss beschloss mit 6 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung, sich mit folgender Resolution an die Landesregierung NRW zu wenden:

„Resolution an die Landesregierung: Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien warnt vor finanziellen Folgen der geplanten Reform.

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster hat in seiner Sitzung am 8. März 2006 folgende Resolution beschlossen:

Wir als die Verantwortlichen in der Stadt Münster für eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendförderung fordern Herrn Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und die Landesregierung auf, von den geplanten Sparmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe Abstand zu nehmen. Die jugendpolitischen Kräfte in dieser Stadt machen in aller Deutlichkeit darauf aufmerksam, dass die derzeitigen bekannten Überlegungen des Landes sehr zu Lasten der Kinder, Jugendlichen und ihren Familien gehen. Die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe werden ihre qualifizierten Angebote nicht aufrecht halten können, sie werden die Lasten an die Familien weitergeben müssen.

Darüber hinaus soll es bei einer sozialen Staffelung der Elternbeiträge im Land NRW bleiben. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien fordert die Landesregierung auf, die für das Jahr 2007 angekündigte Veränderung des GTK partnerschaftlich mit allen freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe abzustimmen. Gerade weil alle Verantwortlichen die jugendpolitischen Ziele des Landes wie den Ausbau der Betreuung von Unterdreijährigen, die Verbesserung der Schulkindebetreuung und die Schaffung von Familienzentren unterstützen, wird der Dialog weiter gesucht!

Wir hoffen, dass die von allen jugendpolitischen Kräften in Münster getragene Resolution des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien in den Haushaltsberatungen des Landes eine entsprechende Beachtung findet.“

Punkt 19 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende verwies kurz auf das in der Sitzung als Tischvorlage vorgelegte Schreiben des Arbeitskreises Südviertel vom 24.02.2006 (Anlage 1). Dazu werde die Verwaltung zu einem Gespräch zwischen Vertretungen von Politik, Verwaltung und Arbeitskreis Südviertel einladen.

Ende der Sitzung: 21:40 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung